



VERBINDUNGSSTELLE DER BUNDESLÄNDER
BEIM AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG
1010 Wien Schenkenstraße 4
Telefon 01 535 37 61 Telefax 01 535 37 61 29 E-Mail vst@vst.gv.at

Kennzeichen **VSt-2482/518**
Datum 20. Jänner 2009
Bearbeiter Mag. Hansjörg Teissl
Durchwahl 12

E-Mail

Betrifft
EU;
Entscheidung der EK vom 28.11.2005 über die Anwendung von Art. 86 Abs. 2
EG-V auf staatliche Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von
Dienstleistungen von allgemeinem Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich
gewährt werden;
Schreiben des BMWA/Berichterstellung-Länderbeitrag;
Gemeinsame Länderstellungnahme

An das
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
Stubenring 1
1010 Wien
(E-Mail: sibylle.summer@bmwa.gv.at)
(GZ. 57.050/0006-C1/8/2008)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit ersuchte die fachlich zuständigen
Landes- und Bundesbehörden um Übermittlung von Berichten gemäß Art. 8 der
Entscheidung der EK über die Anwendung von Art. 86 Abs. 2 EGV auf staatliche
Beihilfen, die bestimmten mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem
Interesse betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden (im Folgenden:
Entscheidung). **Dazu nehmen die Länder wie folgt Stellung:**

Allgemeines:

Sofern nicht schon die Prüfung des Art. 87 Abs. 1 EG-V ergibt, dass es sich nicht um
ein Unternehmen im Sinne des Beihilfenrechts handelt, fallen insbesondere der
Krankenhausbereich und der soziale Wohnbau in den Anwendungsbereich der

Einscheidung, wenn nicht die Kriterien der Altmark- Trans- Rechtsprechung erfüllt werden und damit ein staatlicher Beihilfentatbestand gar nicht vorliegt.

Gemäß Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtsache C-280/00, Altmark Trans GmbH und Regierungspräsidium Magdeburg gegen Nahverkehrsgesellschaft GmbH, stellt der für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse gewährte Ausgleich keine staatliche Beihilfe i. S. d. Art. 87 EGV dar, wenn vier Kriterien erfüllt sind.

1. Das begünstigte Unternehmen muss tatsächlich mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Kriterien betraut sein und diese Verpflichtungen müssen klar definiert sein.
2. Die Parameter, anhand deren der Ausgleich berechnet wird, müssen zuvor objektiv und transparent festgelegt werden.
3. Der Ausgleich darf nicht über das Maß hinausgehen, das erforderlich ist, um die Kosten der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns aus der Erfüllung dieser Verpflichtungen ganz oder teilweise zu decken.
4. Für den Fall, dass das Unternehmen, das mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen betraut werden soll, nicht im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ausgewählt wird, mit der sich derjenige Bewerber ermitteln ließe, der diese Dienste zu den geringsten Kosten für die Allgemeinheit erbringen kann, ist die Höhe des erforderlichen Ausgleichs auf der Grundlage einer Analyse der Kosten zu bestimmen, die ein durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen hätte.

Die Länder sind der Ansicht, dass im Krankenhausbereich – jedenfalls insoweit, als sämtliche Zahlungen der öffentlichen Hand an die Fondskrankenanstalten, insbesondere die Zahlungen zum Spitalsabgang, im Wege der Landesgesundheitsfonds nach dem leistungsorientierten Abrechnungssystem abgewickelt werden – und im sozialen Wohnbau diese Kriterien erfüllt werden und begründen dies wie folgt:

Zum Bereich des sozialen Wohnbaus:

Zum Kriterium 1:

Im Bereich des sozialen Wohnbaus werden Ausgleichszahlungen an gemeinnützige Bauvereinigungen geleistet.

Die offizielle Betrauung der gemeinnützigen Bauvereinigungen mit Bau und Verwaltung eines Projekts erfolgt mittels privatrechtlichen Vertrags einschließlich Darlehensvertrags. Die Verpflichtungen der Bauvereinigungen ergeben sich dabei aus dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz – WGG 1979, den Wohnbauförderungsgesetzen der Länder, den Wohnbauförderungsrichtlinien (die den Charakter einer Verordnung aufweisen) und dem privatrechtlichen Vertrag. Die Anerkennung des Status als gemeinnützige Bauvereinigung gemäß WGG 1979 erfolgt mittels Bescheid und setzt voraus, dass Bauvereinigungen ihre Tätigkeit unmittelbar auf die Erfüllung dem Gemeinwohl dienender Aufgaben des Wohnungs- und Siedlungswesens auszurichten haben.

Eine Ausgleichszahlung an eine gemeinnützige Bauvereinigung erfolgt immer projektbezogen für eine bestimmte Wohnanlage. Die Bedingungen gelten für die gesamte Darlehenslaufzeit. Die Aufgabe ist somit örtlich und zeitlich klar definiert.

Zum Kriterium 2:

Die Parameter über die Höhe der Ausgleichszahlung sind in den Wohnbauförderungsrichtlinien als Förderungssatz je m² Nutzfläche für das Darlehen und/oder als Abstützungsbasis für den Nettokapitaldienst für den Annuitätenzuschuss zuvor objektiv und transparent festgelegt.

Zum Kriterium 3:

Die Höhe der Ausgleichszahlung (Darlehen und/oder Annuitätenzuschuss) ist größten Teils so ausgelegt, dass eine bestimmte Nettomiete nicht überschritten wird. Jedenfalls orientiert sich die Höhe der Ausgleichszahlung an den durch geprüfte Endabrechnungen dargelegten tatsächlichen Kosten des jeweiligen Projekts. Es wird auf die wirtschaftliche Leistungskraft der für diese Wohnungen bestimmten Personen abgestellt, indem der Personenkreis, der diese Wohnungen in Anspruch nehmen

kann, so eingeschränkt ist, dass Einkommensobergrenzen einzuhalten sind und dringende Wohnungsbewerbungsgründe vorliegen müssen.

Zum Kriterium 4:

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen werden ständig durch den Revisionsverband der gemeinnützigen Bauträger geprüft. Art und Umfang der Kontrolle sind im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz – WGG 1979 geregelt. Diese Kontrolle sichert, dass es sich um durchschnittlich gut geführte Unternehmen handelt.

Zum Krankenhausbereich

Zum Kriterium 1:

Die Übertragung dieser Dienstleistungen an eine öffentliche Krankenanstalt erfolgt mit der bescheidmäßigen Verleihung des Öffentlichkeitsrechts. Dies erfolgt in der Regel bereits im Zuge der bescheidmäßigen Erteilung der spitalbehördlichen Errichtungsbewilligung für diese Krankenanstalt. Bei privaten gemeinnützigen Krankenanstalten ergibt sich ihre Betrauung mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar aus den Krankenanstaltengesetzen der Länder.

Die Art der Gemeinwohlverpflichtungen ergibt sich aus den einschlägigen Bestimmungen der Länder-Krankenanstaltengesetzen i.V.m. § 14ff Kranken- und Kuranstaltengrundsatzgesetz (KAKuG). Die Dauer der Gemeinwohlverpflichtung ist regelmäßig unbefristet, der Verzicht auf das Öffentlichkeitsrecht bedarf der Bewilligung der Landesregierung.

Zum Kriterium 2:

Die Parameter der Höhe der Ausgleichszahlungen und Vorkehrungen ergeben sich insbesondere aus den Art. 27 und 28 der Art. 15a B-VG Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, dem § 27b, § 28 und § 34 KAKuG i. V. m. dem bundesweit geltenden Abrechnungssystem der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung.

Zum Kriterium 3:

Die öffentlichen und privaten gemeinnützigen Krankenanstalten sind gemeinnützig, folglich dient ihr Betrieb nicht der Erzielung eines Gewinnes. Das bundesweit geltende Abrechnungssystem der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung ist so ausgelegt, dass nur tatsächlich erbrachte gemeinwirtschaftliche Leistungen abgegolten werden. Auch stellt dieses System der leistungsorientierten Diagnosefallgruppen eine am tatsächlichen Aufwand orientierte Abgeltung dar.

Zum Kriterium 4:

Eine Analyse der Kosten erfolgt im Rahmen der Wirtschaftsaufsicht der Landesregierung gemäß § 11 KaKuG. Dadurch wird sichergestellt, dass die Krankenanstalten nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit geführt werden.“

Die Verbindungsstelle der Bundesländer ersucht um Berücksichtigung.

Der Leiter

i.V. Mag. Hansjörg Teissl